

Gelnhausen, 15. Oktober 2006

Allgemeiner Antrag an die Bundesschülertagung

Schüler Union gegen Ausbildungsplatzabgabe

Das Problem des Ausbildungsplatzmangels ist erschreckend, weshalb u.a. die Gewerkschaften eine Ausbildungsplatzabgabe fordern. Jene Betriebe, die nicht ausbilden, sollen zahlen und dadurch die ausbildenden Unternehmen unterstützen. Bereits 1976 hatte die SPD versucht, das Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APlfG), eine „nicht zustimmungspflichtige Sonderabgabe“, durchzusetzen. Dies war ihr wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BverfGE 55, 274) nicht gelungen, da es gegen § 84 des Grundgesetzes verstieße, weil kein spezifischer Zusammenhang zwischen Abgabepflichtigen und Zweck der Zahlung vorhanden sei. Aber ungeachtet der Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz droht den Unternehmen durch die Ausbildungsplatzabgabe ein riesiger Verwaltungsaufwand. Zusätzlich müssten auch die Firmen zahlen, die keinen Auszubildenden gefunden haben, sei es wegen mangelnder Qualifikation der Bewerber oder fehlender Anerkennung für den Beruf. Auch die Berechnung der Abgabenhöhe dürfte sich als schwierig erweisen, da z. B. der Umsatz als Bemessungsgrundlage kapitalintensiven Unternehmen mehr schaden würde als anderen. Durch eine Ausbildungsplatzabgabe würde es zusätzlich Betrügern leicht gemacht: Man könnte z. B. einen formalen Ausbildungsvertrag mit einem Familienmitglied abschließen, wenn dieses über 18 Jahre alt ist muss es nicht zur Berufsschule, und das Unternehmen erhielte Geld ohne etwas gegen den Ausbildungsplatzmangel unternommen zu haben. Die Schüler Union sieht jedoch in dem Ausbildungspakt, welcher im Juni 2004 mit einer Laufzeit von drei Jahren von Politik und Wirtschaft ausgehandelt worden war, ein großes Potenzial. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben zugesagt, in den drei Jahren jeweils 25.000 Plätze für betriebliche Einstiegsqualifikationen zur Verfügung zu stellen und jeweils 30.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben. Laut Lenkungsausschuss ergab eine Begleitstudie Anfang dieses Jahres, dass 57% der Jugendlichen nach der Einstiegsqualifizierung eine betriebliche Ausbildung begannen. Die Schüler Union lehnt jedoch eine Senkung der Ausbildungsvergütung ab, damit der Anreiz, sich ausbilden zu lassen, bestehen bleibt. Stattdessen sollen die deutschen Unternehmen auf andere Weise gestärkt werden, z. B. durch Senkung der Lohnnebenkosten, um die Ausbildungsmisere so bald wie möglich zu beenden.